

Präsidium des
Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und
Psychologen
Frau Präsidentin Carola Brücher-Albers

Glinkastraße 5-7
10117 Berlin

Präsidium der Gesellschaft für angewandte Wirtschaftspsychologie (GWPs) im Namen der Mitgliederversammlung

Prof. Dr. Lutz Packebusch (Präsident)
Hochschule Niederrhein
Fachbereich 09 Wirtschaftsingenieurwesen und Gesundheitswesen
Campus Krefeld Süd
47805 Krefeld
Prof. Dr. Thea Stäudel
(Vizepräsidentin)
Privatdozent Dr. Martin Beckenkamp
(Vizepräsident)

Ludwigshafen, 10.7.2009

Sehr geehrte Frau Präsidentin Brücher-Albers,

die Gesellschaft für angewandte Wirtschaftspsychologie e.V. (GWPs) vertritt die Kolleginnen und Kollegen, die die Studiengänge der „Wirtschaftspsychologie“, insbesondere an Fachhochschulen, konzipiert haben und durchführen. Auf der Mitgliederversammlung unserer Gesellschaft am 10.7.2009 in Ludwigshafen im Rahmen der 15. Fachtagung der GWPs wurde der folgende offene Brief an den BDP verabschiedet. Wir bitten um Kenntnisnahme und zeitnahe Reaktion:

Im Rahmen der Umstrukturierung der Studiengänge hin zu den Abschlüssen „Bachelor“ und „Master“ hat der BDP es sich zur Aufgabe gemacht, die Qualität der Ausbildung der Psychologen sicherzustellen. Dies ist ein Anliegen, das von uns allen – dem BDP und der GWPs – geteilt wird.

Ein Mittel hierfür soll der EuroPsy sein, also die Personenzertifizierung als „Europäischer Psychologe“ und die dafür von den psychologischen Verbänden europaweit ausgearbeitete Rahmenvorgaben. Um bei den individuellen Anträgen beurteilen zu können, ob die Voraussetzungen in Phase 1 und 2 (Bachelor und Master) für die Anerkennung als „EuroPsy“ gegeben sind, haben Sie die Studiengänge an den deutschen Hochschulen überprüft. Das Ergebnis wurde in der Verbandszeitschrift *report psychologie* 7-8/2008 (vgl. den Artikel von Knoch & Lang) veröffentlicht. Der Artikel als auch eine parallele Publikation auf der Internet-Webseite des BDP enthalten eine „Negativliste“ bzw. eine Liste „nicht anerkannter Studiengänge“ und eine „Positivliste“ „anerkannter Studiengänge“.

Mehrere unserer Mitglieder haben sich in Reaktion auf diesen Artikel im Sommer und Herbst 2008 mit der Aufforderung an Sie gewandt, offenzulegen, welche Kriterien Sie aus den Rahmenvorgaben des EuroPsy abgeleitet haben und auf Grundlage welcher Materialien Sie Ihre Zweiteilung der Studiengänge vorgenommen haben. Wir haben Ihnen einen kooperativen inhaltlichen Austausch angeboten.

Auf diese Aufforderungen und Angebote sind Sie nicht eingegangen.

Unklar ist und bleibt, wie Ihr Beurteilungsrahmen mit dem im EuroPsy gesetzten Rahmen zusammenhängt. Wie eine Analyse der Veröffentlichungen und Aufrufe zum EuroPsy zeigt, bestehen berechnete Zweifel daran, dass der BDP sich bei der Erstellung der o.g. Listen an die Rahmenvorgaben gehalten hat. Diese enthalten zum einen Kann-Bedingungen, die – aus welchem Grund auch immer - zum Nachteil der interdisziplinären

Studiengänge ausgelegt wurden. Zum anderen werden Vorgaben sowohl der DGPs als auch der Förderung Deutscher Psychologinnenvereinigungen, auf die immer wieder explizit Bezug genommen wird, nicht umgesetzt. (vgl. bspw. das Schreiben der Präsidentin des BDP für die nationale Anerkennungskommission vom 20.3.2008).

Weiterhin teilen wir nicht die Auffassung, dass allein der BDP das Definitionsrecht habe, „was ein Psychologe ist“ (vgl. die Pressemitteilung des BDP Nr. 03/09 vom 9. April 2009). Aus der Einstellung des Verfahrens lässt sich dies in keiner Weise ableiten. Der BDP ist auch nicht der einzige Verband von Psychologen in Deutschland. Die DGPs hat sich auf ihrer Vorstandssitzung am 16.5.2009 explizit vom Vorgehen des BDP distanziert.

Im Sinne einer rationalen und fairen Problemlösung fordern wir Sie zu folgenden Schritten auf:

- die EuroPsy-Rahmenvorgaben in nachvollziehbarer Weise und unter exakter Berücksichtigung der dort gemachten Vorgaben zu operationalisieren
- dafür auch mit den Vertretern der interdisziplinären Studiengänge in eine sachliche Diskussion zu treten.
- die erarbeiteten Kriterien und die (eigenen) Vorgaben konsistent anzuwenden
- die Entscheidungsprozesse transparent zu machen und nachvollziehbar zu dokumentieren
- die Bezeichnung „nicht anerkannte Studiengängen“ zu ersetzen durch die korrektere Bezeichnung „vom BDP im Hinblick auf eine Personenzertifizierung für den EuroPsy für die Phase 1 bzw. Phase 2 nicht akzeptierte Ausbildungen in Studiengängen an Hochschulen“ (bzw. im Positivfall das nicht wegzulassen) – auch in den bereits im Internet veröffentlichten Listen und Artikeln.

Weiterhin bitten wir Sie,

- in der Auseinandersetzung auf eine angemessene Wortwahl zu achten,
- in der Außendarstellung auf Exaktheit achten, nämlich den EuroPsy als Personenzertifizierung zu kommunizieren,
- nicht irreführenderweise zu behaupten, das Definitionsrecht für „Psychologe“ zu besitzen.

Wir sind gerne bereit, Sie bei der Arbeit für die Psychologie als wissenschaftlich fundierte und praxisorientierte Disziplin zu unterstützen, sofern Sie Ihrerseits zu einer sachlichen und fairen Kooperation auf der Basis gegenseitiger Wertschätzung bereit sind. Wir sehen es als dringend notwendig an, einen Termin bis spätestens zum Beginn des Wintersemesters 2009/2010 zwischen den Vertretern unserer Verbände zu vereinbaren. Auf der Tagesordnung sollten die Klärung der angesprochenen Fragen und das weitere gemeinsame Vorgehen stehen. Bitte geben Sie uns entsprechende Terminvorschläge an.

Mit freundlichen Grüßen

Das Präsidium der Gesellschaft für angewandte Wirtschaftspsychologie im Namen der Mitgliederversammlung am 15.7.2009 in Ludwigshafen

Prof. Dr. Lutz Packebusch (Präsident)
Prof. Dr. Thea Stäudel (Vizepräsidentin)
PD Dr. Martin Beckenkamp (Vizepräsident)